

Luise Sammann
GROSSMACHTTRÄUME



Luise Sammann

GROSSMACHT- TRÄUME

**Die Türkei zwischen
Demokratie und Diktatur**

RECLAM 

Für Fatih

2020 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,

Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen

Druck und Bindung: CPI books GmbH,

Birkstraße 10, 25917 Leck

Printed in Germany 2020

RECLAM ist eine eingetragene Marke

der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

ISBN 978-3-15-011260-1

Auch als E-Book erhältlich

www.reclam.de



INHALT

Vorwort	7
Was gehen uns die Türken an?	13
Erdoğan – Diktator oder nicht?	17
Erdoğan-Bashing und erhobener Zeigefinger sind zwecklos	25
Wo ein »Führer«, da ein Volk	27
Von wegen dumme Bauern: Die Erdoğan-Anhänger	29
Von wegen alles Vorzeigedemokraten: Die Erdoğan-Gegner	87
Von Vätern und »Führern«	111
Woher kommt die türkische Führerliebe?	121
Erdoğan ist nicht das (einzige) Problem!	137
Gesucht: Langfristige Strategien im Umgang mit der Türkei	139
Europa und die Türkei – eine Hassliebe	145
Jetzt erst recht! Ein Plädoyer für Bildung, Dialog und Austausch	171
Schlusswort: Mit Erdoğan reden?	185
Anmerkungen	187

VORWORT

»Warum Erdoğan?« – so hieß der Arbeitstitel, unter dem ich Ende 2018 mit der Arbeit an diesem Buch begann. Denn obwohl die deutschen Medien in den vergangenen Jahren oft geradezu mit Türkei-Berichten überschwemmt wurden, ist Erđođans großer und anhaltender Erfolg für viele Menschen in Deutschland nach wie vor nicht nachvollziehbar. Dabei lässt er sich bei einem genaueren Blick auf die türkische Gesellschaft sehr wohl erklären – und damit auch die Tatsache, warum selbst die aktuelle Wirtschaftskrise am Bosphorus ihm bisher nicht wirklich etwas anhaben konnte.

Das Problem, so stelle ich bei Gesprächen immer wieder fest, ist allerdings, dass viele Deutsche das Gefühl haben, schon längst alles über die Türkei zu wissen. Mein Mann ist Türke. Seit zwei Jahren leben wir zusammen in Deutschland. Und wenn es etwas gibt, was ihn seitdem wirklich irritiert, dann ist es die Zahl der gefühlten oder selbsternannten Türkei-Experten in Berlin und anderswo. »Der Erdoğan, der hat den Putsch doch damals selbst inszeniert, oder?«, fragen ihn die Menschen – nur um dann gleich selbst zu einem ausführlichen Vortrag über die Zustände in seiner (!) Heimat anzusetzen. Echtes Interesse und Neugier sind selten. Lieber gibt man sich einer Art Anti-Türkei-Rausch hin, in dem CSU-Politiker im Radio Reisewarnungen für ein Land aussprechen, in dem sie wahrscheinlich nie waren, und selbsternannte Experten sich in Internetforen tummeln, um über die angeblich islamistischen Ziele des Herrn Erdoğan zu spekulieren.

Während dieses Buch entsteht, arbeite ich für den *Deutschlandfunk* an einem Radiobeitrag über die muslimischen Uiguren in China, die dort zu Hunderttausenden in sogenannten »Erziehungslagern« gefangen gehalten werden. Das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen dort ist unvorstellbar. Das Echo in der deutschen

Öffentlichkeit aber ist erstaunlich gering. Kaum jemand um mich herum fordert Sanktionen gegen China oder spricht davon, die wirtschaftlichen und womöglich auch die diplomatischen Beziehungen völlig abubrechen. Nicht einmal der Name des chinesischen Staatspräsidenten Pinyin Xi Jinping, der ja längst nicht nur gegen die Uiguren in seinem Land radikal vorgeht, ist vielen Deutschen ein Begriff. Auch chinesische Restaurants leiden offensichtlich auch nach der Veröffentlichung der so genannten China Cables nicht unter Besuchermangel. Dagegen habe ich durchaus Bekannte, die in den letzten Jahren ihren Türkei-Urlaub storniert oder gar türkische Supermärkte in Berlin gemieden haben, um ihren Unmut über die Erdoğan-Politik auszudrücken.

Ich stelle diese Vergleiche nicht an, um zu bewerten, welche Reaktion auf welches Verhalten nun richtiger ist. Das muss jeder für sich selbst entscheiden. Auch möchte ich Erdoğan's Verhalten in keiner Weise relativieren. Natürlich müssen die Probleme in der Türkei klar beim Namen genannt werden, und wenn die deutsche Öffentlichkeit ein besonderes Interesse an diesem so wichtigen Land hat, dann ist das letztendlich positiv zu sehen. Aber vielleicht lohnt es sich, ab und zu einen Moment innezuhalten und zu überlegen, bevor pauschale Verurteilungen herausposaunt und vorschnelle Sanktionen à la »da müssen wir jetzt doch mal richtig durchgreifen« vorgeschlagen werden. Das Stammtischniveau, das die Türkeidiskussion in Deutschland seit einigen Jahren prägt, hilft jedenfalls niemandem weiter. Vor allem, weil es dabei schon lange nicht mehr um die Türkei selbst geht.

Es geht vielmehr um ihren Präsidenten, der in den letzten Jahren zu einer Art Lieblingsfeind der Deutschen aufgestiegen ist. Eben darin aber liegt der Fehler. Denn Erdoğan ist gar nicht das eigentliche Problem der Türkei, sondern eher die Folge einer ganzen Reihe von Problemen, allen voran eines Demokratiedefizits in der breiten Gesellschaft. Natürlich ist der sogenannte »Sultan vom Bosphorus« mit seinen ständigen Provokationen ein Ärgernis. Natürlich ist es nicht hinnehmbar, wenn er den Deutschen vorwirft, sie seien Faschisten und Nazis, wenn er sich in hiesige Angelegenheiten einmischt etc. Genauso wenig dürfen wir schweigen, wenn in seinem eigenen Land Zehntausende Menschen im Gefängnis landen oder Schritt für Schritt die Gewaltenteilung ausgehebelt wird. All das sind Dinge,

die beim Namen genannt und gegebenenfalls auch beantwortet bzw. sanktioniert werden müssen. Aber Fakt ist doch: Die markige Erdoğan-Kritik, auf die sich der Umgang mit der Türkei in weiten Teilen Deutschlands in den letzten Jahren reduziert hat, hatte bisher keinerlei Erfolg. Im Gegenteil: Der türkische Präsident sitzt fest im Sattel wie eh und je. Die alle Jahre wiederkehrenden Schlagzeilen à la »Der Thron von Sultan Erdoğan wackelt« (*Deutsche Welle*) oder »Ist Erdoğan am Ende?« (*Spiegel*) drücken eher einen Wunschtraum der deutschen Medienlandschaft aus als die Realität.

Zugegeben, im Moment scheint die Gesamtsituation schon wieder besser als zu der Zeit, als die Idee für dieses Buch entstand – als der Putschversuch und seine Folgen noch akut und die deutsch-türkischen Beziehungen von Nazivorwürfen und den Verhaftungen deutscher Staatsbürger geprägt waren. Ankara und Berlin gehen heute, wenn auch noch lange nicht freundschaftlich, so doch zumindest wieder etwas entspannter miteinander um. Aber wer genau hinsieht, der muss auch feststellen: Aus dem Ausnahmezustand ist am Bosphorus inzwischen der Normalzustand geworden. Der Massive Brain-drain (allein 2017 verließen mehr als 250 000 Türken ihre Heimat, ein Großteil von ihnen junge Akademiker) ist nur ein Zeichen dafür. Die parteiübergreifende Unterstützung, die Erdoğan auch aus der Opposition für seinen Angriffskrieg im kurdischen Nordsyrien erhalten hat, belegt außerdem, wie wenig sich an den Kräfteverhältnissen im Land trotz der aufsehenerregenden Istanbul-Wahl vom März 2019 geändert hat. Ekrem Imamoğlu, Kandidat der säkularen CHP, mag Erdoğans Heimatstadt mit hauchdünnem Vorsprung »erobert« haben. Doch ob das tatsächlich der Anfang vom Ende des großen Sultans war, wage ich zu bezweifeln.

Dabei liegt die türkische Wirtschaft – von so vielen als Erdoğan's Achillesferse bezeichnet – längst am Boden. Die USA seien schuld am Niedergang der Türkischen Lira, posaunt der Präsident seit Monaten bei seinen Auftritten – und erntet wieder einmal jubelnde Zustimmung von Millionen Türken. Jetzt erst recht zu Erdoğan halten, bloß nicht einknicken, heißt die Reaktion seiner Anhänger. Ich habe diese Strategie in den letzten Jahren so oft beobachten können. Und bisher führte sie immer zum Erfolg. Ähnlich gering ist mein Optimismus deswegen beim Blick auf die deutsch-türkischen oder deutsch-europäischen Beziehungen, selbst wenn inzwischen wieder mildere Töne

aus Ankara in Richtung Deutschland und Europa kamen als zuvor. Obwohl plötzlich wieder vom Ziel der EU-Mitgliedschaft und von der angeblich unverwüstlichen deutsch-türkischen Freundschaft die Rede ist, genügt ein Blick auf das Auf und Ab der vergangenen Jahre, um zu wissen: Schon morgen kann sich der Wind wieder drehen und der nächste Deutsche in türkischer Haft sitzen. Denn auch die Tatsache, dass von vielen als »Geiseln« bezeichnete Häftlinge wie der ehemalige *Welt*-Korrespondent Deniz Yücel oder der Menschenrechtsaktivist Peter Steudtner inzwischen wieder frei sind, ist ja kein Anzeichen für eine gerechtere Justiz am Bosphorus, sondern im Gegenteil eher ein weiterer Beweis für eine von oben gesteuerte Politik und Rechtsprechung nach Wetterlage.

Wegen all dieser und vieler weiterer Themen lautet eine der zentralen Thesen dieses Buches: Das Problem der Türkei ist viel größer als die Person Recep Tayyip Erdoğan. Eine sinnvolle, erfolgreiche Türkei-Politik muss dementsprechend langfristiger und weit über die Erdoğan-Ära hinaus angelegt sein. Denn selbst wenn Erdoğan eines Tages wider Erwarten doch abgewählt oder abtreten sollte, deutet nichts darauf hin, dass ihm dann ein besserer Demokrat folgen könnte. Das Problem ist die türkische Gesellschaft, die einen wie ihn seit 14 Jahren unterstützt. Und selbst unter seinen Gegnern ist die Zahl derer groß, die sich nicht etwa ein vielfältiges, starkes, buntes Parlament wünschen, sondern lieber einen Führer von Erdoğan's Format – nur eben nach ihrem Gusto. Das ist erschreckend. Und es sollte uns aufrütteln.

Wenn wir uns also langfristig einen demokratischen, stabilen Partner am Bosphorus wünschen – und das sollten wir schon allein aus ureigenstem Interesse tun, Stichwort Flüchtlingspolitik – dann müssen wir aufhören, uns an Herrn Erdoğan abzuarbeiten. Stattdessen sollten wir lieber fragen: Was können und müssen wir tun, damit die Menschen in der Türkei nach dem Ende der Erdoğan-Ära nicht nur den nächsten machtgerigen Despoten wählen? Was können wir tun, damit ihre Abneigung gegen alles Westliche nicht immer größer und damit die Chance auf Dialog und Zusammenarbeit immer kleiner wird?

Neben der Beantwortung solcher und vieler weiterer Fragen geht es mir in diesem Buch vor allem darum, für eine neue Richtung der deutschen Außenpolitik zu werben. Wir brauchen ein neues

Verständnis und eine neue Grundhaltung im Umgang mit der Türkei und ihren Bewohnern. Der Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen ist dafür meiner Meinung nach die erste Voraussetzung. Nicht obwohl, sondern gerade weil ich meine, dass die Türken wieder Perspektiven jenseits von nationalistischen Großmachtträumen brauchen. Bahn frei für einen neuen, echten Dialog auf Augenhöhe mit einem Land, das uns auch in Zukunft noch viel beschäftigen wird!

WAS GEHEN UNS DIE TÜRKEN AN?

»Wenn ich Kanzler bin, werde ich [...] die Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU abbrechen.«

Martin Schulz

Jeder weiß, Martin Schulz von der SPD ist am Ende nicht Kanzler geworden. Aber für diesen einen Satz im TV-Duell mit Angela Merkel im September 2017 hätten ihn viele Deutsche wahrscheinlich doch am liebsten gewählt. Denn nicht nur zahlreiche konservative Politiker, die einem EU-Beitritt der Türkei ohnehin von Anfang an kritisch gegenüberstanden, und auch nicht nur bekennende und aktive Erdoğan-Gegner, wie zum Beispiel die kurdischstämmige Linken-Politikerin Sevim Dağdelen,¹ sehnen sich schon lange nach einer klaren Wende in der europäischen Türkeipolitik. Nach Jahren immer heftigerer Provokationen aus Ankara – nach beleidigenden Nazi-Vergleichen, juristisch kaum oder unzureichend begründeten Verhaftungen deutscher Staatsbürger und zahlreichen diplomatischen Verstößen gegen die Etikette – wünschen sich selbst viele einstige Türkeifans inzwischen nur noch eins: den Schamlosigkeiten des türkischen Präsidenten endlich etwas entgegenzusetzen zu können.

Und was liegt da näher, als zunächst den Beitrittsdialog und später dann am liebsten gleich jegliche Beziehungen zu diesem Unrechtsregime zu kappen? Die Grenzen und Ohren zu verschließen, wenn der sogenannte »Sultan vom Bosphorus« wieder mal ausfällig wird und die EU wie im April 2017 gar als das Zentrum »der Repression, Gewalt und des Nationalsozialismus« bezeichnet? Ein »Christenclub« sei sie, den die Türkei ohnehin nicht nötig habe. Mal ehrlich: Müssen wir uns damit überhaupt tagtäglich beschäftigen? Brauchen wir denn die Türkei so dringend, dass wir uns all das gefallen lassen müssen? Lassen wir die da drüben doch machen, was sie wollen. Ignorieren wir

Erdoğan, ignorieren wir den Abgrund, in den er sein Land ganz offensichtlich steuert. Die Nachrichtensendungen könnten so viel kürzer sein, wenn der türkische Präsident und sein immer unerklärlicher erscheinendes Land einfach nicht mehr darin vorkämen.

Doch so einfach ist es eben nicht. Nicht nur die Einmischungen in den eingangs erwähnten deutschen Bundestagswahlkampf 2017 haben deutlich gezeigt: Man muss die Türkei nicht lieben. Politisch ausblenden lässt sich das Land an der vielbesungenen Schnittstelle zwischen Ost und West aber ebenfalls nicht. Allein beim Umgang mit den Flüchtlingen, die über die Türkei nach Europa gelangen wollen, sind Deutschland und Europa – schlicht und einfach aus geographischen Gründen – sehr wohl zur Zusammenarbeit mit Erdoğan gezwungen. Der sogenannte »Flüchtlingsdeal« von 2016 mag dafür nicht die beste Grundlage sein. Im Gegenteil – er gleicht eher einer moralischen Bankrotterklärung Europas und einer Beleidigung all jener, die Europa einst als Wertegemeinschaft bezeichnet haben. Aber Prophezeiungen wie die des belgischen Europaparlamentariers Guy Verhofstadt, alles werde gut, wenn die EU sich nur erst einmal aus dem »ungesunden Abhängigkeitsverhältnis zur Türkei« befreie, also »wieder Herr über ihre eigenen Grenzen« werde, wirken fast schon weltfremd.

Grenzen haben immer zwei Seiten und zwingen die jeweiligen Nachbarn damit zur Zusammenarbeit. Die Türkei wird Europas Nachbar bleiben, ob es uns gefällt oder nicht. Und auch ansonsten lässt sich ein 80-Millionen-Einwohner-Staat, der geographisch zu Teilen in Europa liegt, geschichtlich eng mit diesem Kontinent verflochten ist und durch 5–10 Millionen türkischstämmige EU-Bewohner (mehr als 3 Millionen davon in Deutschland) sprachlich und kulturell überall präsent ist, niemals einfach ignorieren oder ausschließen. Im Gegenteil. Die geostrategische Lage an der Schnittstelle zwischen Europa und dem Nahen Osten sowie über das Schwarze Meer hinweg als direkter Nachbar Russlands hat das Land in einer Zeit, in der sich längst überwunden geglaubte internationale Konflikte wieder zuspitzen, noch wichtiger werden lassen. Das »Abhängigkeitsverhältnis« zur Türkei, das Herr Verhofstadt und andere kritisieren, wird bestehen bleiben. Kein Politiker wird das ändern können.

Aber ob es ein feindliches Verhältnis ist oder stattdessen ein konstruktiv-partnerschaftliches, darüber können und müssen wir in

Zukunft mitbestimmen. So fremd und unsympathisch die Türkei vielen von uns zurzeit erscheinen mag: Sie ist und bleibt »ein wichtiger Partner Deutschlands und Nachbar der EU, zu dem wir vielfältige Beziehungen haben. Deshalb haben wir ein besonderes Interesse an einem guten Verhältnis zur Türkei.«² So heißt es nicht zufällig im aktuellen Koalitionsvertrag der Bundesregierung. Diejenigen, die diese Zeilen verfasst haben, beweisen damit weitaus mehr Realitäts-sinn als diejenigen, die regelmäßig mit viel Getöse in den Talkshows von Anne Will und Co. den Abbruch der Beziehungen mit Ankara fordern. Um das zu begreifen, muss man weder ein unkritischer Tür-keifreund sein, der sich alles gefallen lässt, noch ein AKP-Wähler. Es reicht, zusätzlich zu den geographischen einen Blick auf die wirt-schaftlichen Verflechtungen zwischen Deutschland und der Türkei zu werfen: Mehr als 7000 deutsche Firmen sind am Bosphorus aktiv, Erdogans 80-Millionen-Einwohner-Staat ist trotz aller Verwerfun-gen der fünftgrößte Handelspartner Europas und allein energietechnisch überlebenswichtig für uns.

Mindestens genauso entscheidend ist die Nato-Partnerschaft (die türkischen Streitkräfte stellen die zweitgrößte Armee innerhalb der Allianz), die zwar völlig zu Recht hinterfragt, aber doch in Zeiten des IS-Terrorismus und anderer internationaler Bedrohungen nicht einfach ersatzlos gestrichen werden kann. Es waren ja nicht zuletzt sicherheitspolitische Erwägungen, die vor über 50 Jahren dazu führten, dass Europa sich überhaupt für Beitrittsverhandlungen mit der Türkei interessierte. Ein Thema, das heute eher relevanter als unwichtiger geworden sein dürfte. Nein, man muss wahrlich kein naiver Gutmensch sein, um auch in diesen Zeiten weiter für einen Dialog mit der Türkei einzutreten – auch oder vielleicht sogar gerade, wenn sie von einem Präsidenten wie Recep Tayyip Erdoğan regiert wird. Günter Seufert, Türkeiexperte bei der Berliner Stiftung Politik und Wissenschaft, stellt in einem *ZEIT*-Artikel vom 15. August 2018 fest: »Die Türkei wird ein schwieriger Partner bleiben. Damit sie Partner bleiben kann, muss sie stabil sein.«³

Dieses Buch beschäftigt sich mit der Frage, wie die Zusammen-arbeit mit einer möglichst stabilen Türkei in Zukunft aussehen kann, indem es vor allem einen genauen Blick auf die türkische Gesellschaft wirft. Wer sind die Erdoğan-Wähler? Was treibt sie an? Wovon träu-men sie? Und was trennt sie von ihren Gegnern, die seit 18 Jahren

eine Wahl nach der anderen verlieren und ihrer Heimat inzwischen in wachsender Zahl den Rücken kehren? Woher kommen der Hass und die Angst in der türkischen Gesellschaft, die maßgeblich zu Erdoğan's Erfolgen und damit zur schrittweisen Abschaffung der – zugegeben ohnehin nie besonders gut entwickelten – Demokratie am Bosphorus beigetragen haben? All diese Fragen sind meiner Meinung nach wichtiger als der Blick auf den Präsidenten selbst. Denn in der türkischen Gesellschaft – und nicht etwa in der Person Erdoğan – liegt langfristig der Schlüssel zu einer demokratischen, stabilen Türkei, deren Existenz jedem Europäer eine Herzensangelegenheit sein sollte. Und sei es aus purem Egoismus.

ERDOĞAN - DIKTATOR ODER NICHT?

Wer dieser Tage über die Türkei spricht, der spricht automatisch über ihren seit 2003 regierenden Präsidenten: Recep Tayyip Erdoğan (* 1954). Dabei existiert dort sehr wohl noch ein türkisches Parlament. Obwohl es unerschrockene Oppositionspolitiker, einige wenige kritische Journalisten und eine kleine, aber beeindruckend aktive Zivilgesellschaft gibt, beginnt und endet längst jeder Gedanke über die türkische Republik mit ihrem immer mächtiger werdenden Präsidenten. Auch mir selbst, die ich das kritisiere, geht es viel zu häufig so. Dass man Erdoğan und seinem Geltungsdrang damit in die Hände spielt, wird dabei schnell vergessen, wohl auch, weil es nur wenige Themen oder Personen gibt, über die sich die deutsche Öffentlichkeit in den letzten Jahren so einig war wie über Recep Tayyip Erdoğan.

Während Dieselfahrverbote, Bundeswehrauslandseinsätze oder der Umgang mit der AfD tagtäglich für hitzige Debatten in Parlamenten wie an Stammtischen sorgen, ist man sich bei der Bewertung des türkischen Präsidenten meist sehr schnell einig: Erdoğan gilt in Deutschland – zumindest innerhalb der nicht türkischstämmigen Mehrheitsgesellschaft – von links bis rechts als Hassobjekt. Als Inbegriff von Unterdrückung. Als Antidemokrat. Fast schon wohltuend wirkt diese Einigkeit, mit der sich die ansonsten zunehmend zerstrittene deutsche Öffentlichkeit über den türkischen Präsidenten einmühen kann.

So war die Aufregung zum Beispiel groß, als er den Deutschen und ihrer Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahr 2017 gleich mehrfach Nazimethoden vorwarf. Dazu gebracht hatten ihn Verbote gegenüber ihm selbst und seinen Ministern, in Deutschland Wahlkampf zu betreiben bzw. für das auf ihn zugeschnittene Präsidialsystem zu werben. »Deutschland, du hast in keiner Weise ein Verhältnis zur Demokratie und du solltest wissen, dass deine derzeitigen Prak-

tiken keinen Unterschied machen zu den Praktiken in der Nazi-Zeit«, wütete Erdoğan bei einer Veranstaltung in Istanbul. »Wir werden über Deutschlands Verhalten auf der internationalen Bühne sprechen und die Deutschen vor den Augen der Welt beschämen. Wir wollen die Nazi-Welt nicht mehr sehen. Nicht ihre faschistischen Taten. Wir dachten, dass diese Ära vorbei wäre, aber offenbar ist sie es nicht«, betonte der Präsident damals. Kein Wunder, dass verbale Ausfälle wie dieser bei den angesprochenen Deutschen vor allem drei Dinge hervorriefen: Unverständnis, Empörung und Wut gegenüber diesem Politiker – einem »Präsidenten ohne Maß«, wie der Berliner *Tagesspiegel* am 5. März 2017 titelte.

Dementsprechend melden sich nur erklärte Erdoğan-Anhänger in Deutschland überhaupt noch zu Wort – womit sie sich allerdings im öffentlichen Diskurs mehr oder weniger automatisch disqualifizieren –, wenn große europäische Medien den türkischen Präsidenten gleich in der Überschrift als »Diktator« bezeichnen. Beispiele dafür finden sich in schöner Regelmäßigkeit sowohl links als auch rechts im politischen Spektrum.¹ In anderen europäischen Ländern verläuft die Debatte ähnlich. Als das französische Politmagazin *Le Point* im Mai 2018 ein ganzes Heft mit Erdoğans Foto und dem Titel »Der Diktator« betitelte, waren es ausschließlich bekennende AKP-Fans, die Einspruch erhoben und forderten, dass die Werbeplakate der Heftausgabe von Kiosken entfernt werden. Teilweise schritten sie gleich selbst zur Tat. Präsident Emmanuel Macron sah sich daraufhin genötigt, auf Twitter die Pressefreiheit zu verteidigen. Die Frage aber, ob Erdoğan nun tatsächlich ein Diktator ist oder nicht, blieb hier wie dort ungeklärt. Seit bald zwanzig Jahren schon feiern seine Anhänger ihn explizit als den größten Demokraten aller Zeiten, während seine Gegner ihn nicht selten in eine Reihe mit Faschisten wie Adolf Hitler und Benito Mussolini stellen. Wie kann das sein?

Tatsächlich sah es ja bis zum Jahr 2011 so aus, als ob ausgerechnet Erdoğan die türkische Republik nicht auto-, sondern demokratischer machen würde. Es war Erdoğan, der die jahrzehntealte Macht des Militärs beschnitt, den Dialog mit den Minderheiten im Land förderte, das Kopftuchverbot aufhob und die Türkei näher an die EU heranführte. Dafür erhielt er am 3. Oktober 2014 den Quadriga-Preis der Werkstatt Deutschland; der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder hielt eine Laudatio. Im Publikum saßen Cem Özdemir

(Bündnis 90/Die Grünen) und viele andere, die heute zu den größten und lautesten Erdoğan-Kritikern gehören. Schröder betonte damals:

Die Werkstatt Deutschland ehrt mit dem »Quadriga«-Preis heute einen großen Reformpolitiker, der sein Land in die Europäische Union führen will. [...]

Ihr Eintreten für mehr Freiheit, einen besseren Schutz der Menschenrechte und weniger staatliche Bevormundung ist für Sie, Herr Ministerpräsident, aber kein Zugeständnis an Europa. Sondern es ist Konsequenz Ihrer politischen Überzeugung – und auch Folge leidvoller persönlicher Erfahrungen mit Unterdrückung und Verfolgung. In der offiziellen Begründung der heutigen Preisverleihung heißt es, dass sich in Ihrer Persönlichkeit demokratische Überzeugung und religiöse Verwurzelung in glaubwürdiger Weise vereinen.

In der Tat: Sie haben bewiesen – auch wenn Ihr politischer Weg nicht frei von »Umwegen« war –, dass beide Aspekte miteinander vereinbar sind.

Viel, unglaublich viel, hat sich verändert, seit Gerhard Schröder diese Worte an Recep Tayyip Erdoğan richtete. Und dennoch müssen wir uns fragen: Kann man einen einstigen Würden- und Hoffnungsträger dieser Art nun also bedenkenlos als Diktator bezeichnen? Ihn, der seit dieser Preisverleihung ein ums andere Mal durch die Wählerstimmen von Millionen Türken im Amt bestätigt wurde, wie er seinen Kritikern gern und häufig entgegenhält? Was, wenn nicht die Wahlergebnisse der letzten Jahre, könnten ein besserer Beweis für Erdoğans Demokratiefähigkeit sein?

Auch der AKP-Chef selbst wehrt sich gegen das Etikett des Diktators. Mehr als 2500 Verfahren strengte er in den letzten Jahren gegen türkische Journalisten, Twitternutzer, Studenten und Hausfrauen an, weil sie ihn als Diktator bezeichnet hatten. Selbst gegen den Vorsitzenden der größten Oppositionspartei CHP, Kemal Kılıçdaroğlu, ging er aus diesem Grunde vor Gericht. In seinem bemerkenswerten Interview mit Giovanni di Lorenzo legte Erdoğan dem Chefredakteur der *ZEIT* im Juli 2017 nahe: »Sie sollten erst einmal nachschlagen, was das ist, ein Diktator!«

Tun wir also genau das. Laut Duden ist ein Diktator ein »unumschränkter Machthaber in einem Staat« oder auch ein »herrscher, despotischer Mensch«. In der römischen Republik bezeichnete man jemanden, der »in Notzeiten vorübergehend mit der Gesamtleitung des Staates« betraut wurde, als Diktator – also eine Person, die ohne Kontrolle schalten und walten konnte. Zweifellos passt all das gut auf das System, das der türkische Präsident spätestens seit dem Sommer 2016 als Folge von Putschversuch und Ausnahmezustand in der Türkei zu etablieren sucht. Es handelt sich um ein System, in dem die Gewaltenteilung praktisch abgeschafft wurde, seit Judikative, Legislative und Exekutive allesamt direkt oder indirekt von Erdoğan bzw. seinen engsten Vertrauten kontrolliert werden und das Parlament praktisch entmachtet ist. Ein System, in dem laut Reporter ohne Grenzen und anderen kritischen Organisationen mehr Journalisten im Gefängnis sitzen als in irgendeinem anderen Land auf der Welt und in dem zahlreiche Oppositionspolitiker und Aktivisten mit Drohungen, Klagen oder gar Gefängnisstrafen zum Schweigen gebracht wurden. Erdoğan und seine Anhänger rechtfertigen all das mit Terror- und Umsturzvorwürfen – ein Totschlagargument, das inzwischen praktisch jedem zum Verhängnis werden kann, der sich in der Türkei noch kritisch zu äußern wagt.

Tatsächlich landeten Hunderttausende Menschen infolge des Putschversuchs vom 15. Juli 2016 im Gefängnis. Mehr als 150 000 Beamte verloren ihre Jobs. Niemand von uns kann zu 100 Prozent sicher sein, dass sie alle unschuldig sind. Doch stehen Beweise für ihre Vergehen in vielen Fällen bis heute aus. Gerade das – die pauschale Kriminalisierung eines jeden, der sich gegen ihn stellt – macht Erdoğan in den Augen seiner Kritiker zu einem typischen Diktator. Selbst einige türkische Richter schlossen sich dieser Sichtweise an (bewiesen damit allerdings zugleich, dass demokratische Instanzen zumindest teilweise doch noch funktionierten), als sie in einem Gerichtsurteil des Jahres 2015 entschieden, dass die Zeitung *Cumhuriyet* den mächtigen Präsidenten sehr wohl als »Diktator« bezeichnen darf – was sie und die wenigen anderen verbliebenen regierungskritischen Medien im Land seitdem auch regelmäßig tun.

Allerdings zahlen sie dafür ihren Preis. Die Hälfte der *Cumhuriyet*-Redaktion ist in den vergangenen Jahren für kurze oder auch lange Zeit im Gefängnis gelandet, weil man ihr Mitgliedschaft in einer

terroristischen Vereinigung und Verbreitung von Terrorpropaganda vorwarf – seit einigen Jahren eine Art Totschlagargument gegen Regierungskritiker jeder Art in der Türkei. Inzwischen ist die *Cumhuriyet* dank ihres neu gewählten nationalistischen (und damit weniger Erdoğan-kritischen) Stiftungsvorstandes ohnehin mehr oder weniger ruhiggestellt. Journalisten, die den Präsidenten öffentlich angreifen, bzw. Redaktionen, die ihre Worte abdrucken oder senden, gibt es am Bosphorus praktisch nicht mehr. Neben der Entmachtung von Parlament, Justiz und Exekutive ist damit auch die vierte Gewalt im Staate, die Presse, faktisch gleichgeschaltet.

Fazit: Erdoğan als einen Demokraten zu bezeichnen, ist angesichts all dessen heute kaum noch möglich, auch wenn ausgerechnet er einst einen Wind durch die Türkei wehen ließ, der Hoffnung auf etwas ganz anderes weckte. Zwar kann man ihm zugutehalten, dass sich die wirtschaftliche und soziale Lage vieler Türken unter seiner Herrschaft zumindest zu Beginn tatsächlich gebessert hat. Das mag ihn für viele seiner Anhänger zu einem »guten Diktator« machen, der angeblich nur das Beste für sein Volk und sein Land will. Zu einem guten Demokraten aber macht es ihn mit Sicherheit nicht, genauso wenig wie die Tatsache, dass er nach wie vor regelmäßige Wahlen abhalten lässt.

Denn die Bedingungen, unter denen diese stattfinden (inhaftierte Oppositionsführer, kaum Zugang zu den Massenmedien für Kritiker, Druck und Angst in der Bevölkerung ...), machen sie allmählich zu einer Farce. Für Erdoğan aber bleiben sie ein wichtiges Legitimationsinstrument. Sie dienen ihm als Schutzschild, den er auch und vor allem Kritikern aus dem Westen jederzeit entgegenhalten kann, vor allem aber kann er sich dadurch vor seinen eigenen Anhängern legitimieren. Folgt man der Definition des Juristen und *Spiegel*-Autors Jan Hedde, unterscheidet ihn allein dieses Bedürfnis übrigens tatsächlich von einem Diktator:

Diktatoren gelangen häufig durch Gewaltakte wie Bürgerkriege und Militärputsche, aber auch durch Erbfolge an die Spitze eines Staates. Der Autokrat muss den beschwerlichen, dafür weniger riskanten Weg über die demokratische Wahl nehmen. Autokraten sind charismatisch und sie sind geborene Populisten. Den Typ des introvertierten Autokraten gibt es nicht; Autokraten wissen das

Volk anzusprechen und ihm das Gefühl zu geben, es sei besonders unter den Völkern. Daher richten sich die Versprechungen gerne auf Immaterielles: den Stolz, die Ehre, das Wiedererstarken, den Glauben. [...] Autokraten wie Diktatoren sind unterschiedlich bestrebt, dass sich das Volk mit ihnen identifiziert, denn der Autokrat will die nächste Wahl gewinnen, während der Diktator das Wahlergebnis anordnet. Einmal im Amt, bauen Autokraten den Staat um. Sie konzentrieren die institutionalisierte Macht bei sich: Die Gewaltenteilung wird geschwächt, die Opposition wird behindert und der Apparat der Exekutive und Judikative wird mit Gefolgsleuten besetzt. Der Autokrat schätzt loyale Mitstreiter, die ihn aus Vernunft unterstützen. [...]

Die Autokratie steht zwischen Demokratie und Diktatur. Wohin sich eine Autokratie entwickelt, liegt in der Person des Autokraten begründet: sind seine Ziele realistisch, wird er den Staat erhalten. Sind sie es nicht, wird er ihn zerstören.²

Genaugenommen müsste man den türkischen Präsidenten demnach als Autokraten bezeichnen. Er ist sogar geradezu der Prototyp des Autokraten. Denn dass ihm das Ansehen bei seinen Bürgern alles andere als egal ist, demonstriert er bei fast jedem seiner unzähligen öffentlichen Auftritte. »Es kümmert mich überhaupt gar nicht, ob sie mich einen Diktator oder Ähnliches nennen«, rief er den Zuhörern im November 2016 in Istanbul entgegen. »Das geht zum einen Ohr rein und zum anderen wieder raus. Wichtig ist, was mein Volk sagt.«

Ob man ihn mag oder nicht, Erdoğan hat recht mit dieser Feststellung. Hunderttausende türkische Frauen und Männer, die bei jedem seiner Auftritte in Tränen ausbrechen, verdeutlichen es nur zu gut: Selbst wenn ihn seine Gegner ein ums andere Mal einen Diktator, einen Autokraten oder auch einen Tyrannen nennen, ihn beschimpfen und sich empören, ist Erdoğan dabei doch vor allem eines: gewählt! Und viele Beobachter – inklusive meiner selbst – sind sich darin einig, dass er auch morgen wieder Wahlen gewinnen würde, trotz aller Verluste für die AKP bei den Kommunalwahlen vom 31. März 2019 und ganz ohne gefälschte Wahlzettel. Denn Fakt ist nach wie vor: Ein Großteil der türkischen Bevölkerung will einen Präsidenten von genau seinem Format. Egal, ob er nun nach unserer Definition ein De-

mokrat, ein Diktator oder aber ein Autokrat ist. Nicht umsonst nutzen viele seiner Anhänger und Parteikollegen im Zusammenhang mit Erdoğan ganz selbstverständlich das türkische Wort *lider*, zu Deutsch »Führer«. Allerdings ohne dabei an den historischen Kontext zu denken, der jedem Deutschen bei diesem Begriff sofort durch den Kopf schießt. Ihnen geht es schlicht darum, die Größe, die Macht und die richtungsweisende Kraft ihres Präsidenten in einem Begriff zusammenzufassen.

ERDOĞAN-BASHING UND ERHOBENER ZEIGEFINGER SIND ZWECKLOS

Das in Deutschland in den letzten Jahren regelrecht zur Mode gewordene »Erdoğan-Bashing« ist genau aus diesem Grund absolut sinnlos. Letztendlich ist es sogar kontraproduktiv, denn es hilft dem Präsidenten lediglich dabei, sich vor seinen Anhängern als Opfer zu inszenieren, dem seine Neider den ungeheuren Erfolg der letzten Jahre angeblich nicht gönnen. Der deutsche Bundestagswahlkampf 2017, in dem die Türkei teilweise zum wichtigsten Thema mutierte, zeigte das in aller Deutlichkeit: Nachdem sowohl Kanzlerin Angela Merkel (CDU) als auch SPD-Kandidat Martin Schulz im TV-Duell versucht hatten, mit dem Stopp der EU-Beitrittsverhandlungen zu punkten, reagierte die türkische Presse am Folgetag prompt. Deutsche Politiker, so die Kommentatoren, wollten einander in ihrer »Türkei-Feindlichkeit« offensichtlich überbieten, um die Wahl zu gewinnen. Die Türkei, nein, die ganze islamische Welt, werde wieder einmal zum Opfer des Rechtsrucks, der durch Europa gehe. Die ohnehin zunehmend antiwestlich eingestellte türkische Öffentlichkeit fühlte sich bestätigt: Deutschland und die EU, dieser »Christenclub«, hätten sich gegen die Türkei verschworen, meinten selbst solche Türken, die Erdoğan ansonsten kritisch gegenüberstanden.

Ganz ähnlich funktioniert der Mechanismus bei anderen Themen, mit denen Deutschland und Europa in den vergangenen Jahren versucht haben, Erdoğan's Türkei unter Druck zu setzen und zu bestrafen. Die Androhung von Wirtschaftssanktionen jeder Art zum Beispiel scheint all jenen am Bosphorus recht zu geben, die schon lange behaupten, der türkische Aufschwung der 2000er Jahre sei Europa ein Dorn im Auge und der Hauptgrund für die regelmäßige Kritik an Präsident Erdoğan. Vor allem Deutschland habe Angst, dass durch den 2018 eröffneten dritten Istanbuler Flughafen – mit knapp